



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 20.06.2013, 17:04 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Sachstand Verwaltungsarrondierung
- Mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** führt einleitend in den Themenbereich Verwaltungsarrondierung ein. Mit Blick auf Defizite in der Unterbringung in der Verwaltung seien in diesem Zusammenhang Überlegungen insbesondere zum Flächenlayout und bezüglich des Einbringens von Baukörpern angestellt worden.

Zum Sachstand der Verwaltungsarrondierung erfolgt nachfolgend eine Powerpoint-Präsentation durch Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft). Sie geht in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Unterbringung im Innenstadtbereich der betroffenen Fachbereiche und weiteren, nicht zum städtischen Bereich gehörenden Nutzern, die Konzeption Bürgerbüro der Zukunft, den zusätzlichen Flächenbedarf und eine eventuelle Standortverlagerung, die Ermittlung des Raum- und Flächenbedarfs, das städtebauliche Entwicklungspotential mit Belegungsübersicht sowie auf mögliche zeitliche Abfolgen ein.

Auf Wunsch von Stadträtin **Burkhardt** sagt BM **Schmid** zu, dass den Stadträten eine Ausfertigung der Präsentation per Gemeinderatspost übersandt werde.

Im Rahmen der nachfolgenden Aussprache bittet Stadtrat **Noz**, in die zukommenden Unterlagen eine Kosten-Nutzen-Analyse mit entsprechender Erklärung der Vorteile für die Umstrukturierung mit aufzunehmen.

Am Beispiel der Arbeitsplätze des Fachbereichs Bürgerdienste aufzeigend macht BM **Schmid** die teilweise sehr schwierige räumliche Situation deutlich.

Stadträtin **Liepins** spricht sich dafür aus, das Gebäude Obere Marktstraße in städtischer Hand, zumindest der WBL, zu behalten. Dringend veränderungsbedürftig halte sie insbesondere die räumliche Situation im Bereich des Bürgerbüros. Zur Gesamtplanung nehme sie heute noch keine Stellung, Einzelheiten müssten erst in der Fraktion besprochen werden.

Stadtrat **Glasbrenner** verweist auf den hohen Zuwachs an Stellen in den letzten zwei Jahren und sieht die Überlegungen als gute Grundlage für die weitere Diskussion.

Stadtrat **Gericke** erinnert an die Anträge seiner Fraktion zur Nutzung der Silcherschule und zum Bericht zur Verwaltungsarrondierung im Zusammenhang mit einer damals zur Diskussion stehenden möglichen Nachnutzung der Internationalen Schule. Er regt an, mit Blick auf die leerstehende Schule zeitig über ein Nachfolgenutzungskonzept nachzudenken. Innerhalb der Stadtverwaltung sei die Notwendigkeit für eine Neuordnung vorhanden. Beim Bürgerbüro sehe

man Handlungsbedarf, jedoch sei für eine gut funktionierende Verwaltung insgesamt ein langfristiges Konzept erforderlich. Erfreulich sei die rund um den Rathaushof auch für die Stadtverwaltung angedachte Nutzung. Noch aufzuarbeitende Themen stellten die Wirtschaftlichkeit, Effizienzgewinne und Synergien dar. Das Baukonzept sei vom Grundsatz her schlüssig. Bezugnehmend auf die vorgesehene Bebauung sehe man jedoch die Grünfläche des jetzigen Spielplatzes vor der Mauer des Cluss-Gartens nicht bereits als Bauabschnitt III, allenfalls später oder besser gar nicht.

Auch Stadträtin **Burkhardt** hält die Räumlichkeiten des Fachbereichs Bürgerdienste für nicht sehr nutzerfreundlich. Aber auch andere Gebäude in Ludwigsburg, insbesondere die Schulen, hätten dringend Verbesserungen nötig.

TOP 2

Integrierte Leitstelle
- Entwurfs-, Bau- und Vergabebeschluss

Vorl.Nr. 219/13

Beschluss:

1. Der Ausschuss beschließt die Umsetzung der Baumaßnahme zur Realisierung der Integrierten Leitstelle an der Feuerwache, Marienstraße 22, mit Gesamtkosten in Höhe von 1.300.000 EUR.
2. Folgenden Vergaben von Bauarbeiten für den Bau der Integrierten Leitstelle im Gebäude der Hauptfeuerwache, Marienstraße 22, wird zugestimmt (in den Vergabesummen sind ca. 5 % für Unvorhergesehenes enthalten).

	Gewerk	Firma	Vergabesumme inkl. 19 % MwSt.
1.	Elektroinstallation	Elektro-Eckert GmbH + Co.KG Villinger Str.3 75179 Pforzheim	215.000 EUR
2.	Heizungs- und Kälteinstallation	Henkel GmbH + Co. Georg-Vogel-Str. 20 74080 Heilbronn	157.000 EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 219/13.

Anhand einer Powerpoint-Präsentation erläutert Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) nachfolgend die Vorlage und zeigt die Planung zum Vorhaben auf. Sie geht in diesem Zusammenhang auch auf den Stand der Vergaben ein und berichtet, dass die Baukosten bislang im Kostenrahmen lägen.

So lange der Kostenrahmen nicht überschritten werde erklärt Stadtrat **Noz** die Zustimmung seiner Fraktion.

Auf Anfrage von Stadträtin **Liepins** berichtet Frau **Barnert**, dass der Baubeschluss formal noch zu fassen sei. Aufgrund der Dringlichkeit der Maßnahme und des engen Zeitplans sei mit den ersten Arbeiten bereits begonnen worden.

Nach Mitteilung von Stadtrat **Dr. Jordan** sei der Ablauf des Projektes bisher sehr erfreulich. Seine Fraktion stimme gerne zu.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert auf Nachfrage von Stadträtin **Burkhardt**, dass in dem Betrag von 215.000 Euro für Elektroarbeiten ein Spielraum für Unvorhergesehenes enthalten sei.

Abschließend stellt BM **Schmid** die Vorl.Nr. 219/13 im Gremium zur Abstimmung.

Außerhalb der Tagesordnung informiert BM **Schmid** das Gremium im Anschluss über die Submissionsergebnisse beim Kinder- und Familienzentrum Poppenweiler.

Frau **Barnert** und Herr **Weißer** (beide FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) berichten, dass es beim ersten Ausschreibungspaket zu einer Überschreitung von 13% komme, was einer Summe von ca. 220.000 Euro entspreche.

BM **Schmid** teilt mit, dass seitens des Controllers eine Prüfung bezüglich möglicher Ursachen erfolge.

Stadtrat **Glasbrenner** bittet, alle Einsparmöglichkeiten, beispielsweise bei Materialien, zu prüfen.

Aus der Mitte des Gremiums wird allgemein die Unzufriedenheit mit der Situation zum Ausdruck gebracht.

Herr **Weißer** weist noch darauf hin, dass bei Sanitärarbeiten und Elektroinstallation nur ein Anbieter vorhanden sei.

TOP 3

Erweiterung der Kindertagesstätte
Reichertshalde 51 in Ludwigsburg
- Interfraktioneller Antrag vom 10.06.2013

Vorl.Nr. 224/13

Beratungsverlauf:

Im Einverständnis des Gremiums wird der Tagesordnungspunkt 3, Vorl. Nr. 224/13 vertagt. Eine Beratung findet im Herbst 2013 statt.

Aus der Mitte des Gremiums wird zum Ausdruck gebracht, dass keine zeitliche Verzögerung entstehen dürfe.

Beschluss:

Sämtliche Bebauungspläne werden eingescannt und georeferenziert und ins elektronische Auskunftssystem „ISY“ überführt. Mit den Arbeiten wird das Büro Müller, Karlsruhe, beauftragt.

Der Vorgehensweise im Umgang mit ungültigen Bebauungsplänen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Es erfolgt eine Abstimmung über die Ziffern 1 und 3.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) erläutert ausführlich die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 165/13 und gibt einen Überblick anhand eines Übersichtsplans. Er erläutert anhand von Beispielen mögliche Auswirkungen der unwirksamen Bebauungspläne und die weitere Vorgehensweise.

Er informiert, laut Festlegung im Ältestenrat werde die Vorgehensweise im Umgang mit ungültigen Bebauungsplänen im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 20.06.2013 sowie im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 25.06.2013 beraten. Eine Behandlung im Gemeinderat erfolge nicht.

In der nachfolgenden Aussprache sieht Stadtrat **Noz** in der ausgearbeiteten Vorlage einen guten Kompromiss und gute Vorgehensweise. Das Einscannen der Bestandspläne sei der richtige Weg.

In der weiteren Aussprache kommt seitens des Gremiums, insbesondere der Stadträte **Griesmaier**, **Glasbrenner**, **Dr. Jordan** sowie Stadträtin **Burkhardt**, allgemein die Zustimmung zur vorgeschlagenen Vorgehensweise zum Ausdruck.

Herr **Kurt** und Herr **Mayer** (FB Bürgerbüro Bauen) gehen abschließend auf die Fragen aus der Beratung ein, insbesondere nach der Zugänglichkeit der eingescannten Bebauungspläne für die Öffentlichkeit und den Zeitrahmen für die Umsetzung.

Abschließend stellt BM **Schmid** die Ziffern 1 und 3 der Vorl.Nr. 165/13 im Gremium zur Abstimmung.

Beschluss:**Baubeschluss:**

Dem Umbau der Außenanlagen zur Erweiterung der Kindertageseinrichtung Lange Straße 71 / Bäderwiesen (zwei neue Gruppen für Kinder unter 3 Jahren), entsprechend der Entwurfsplanung (vgl. Anlage 1 zur Vorl.Nr. 206/13) des beauftragten Planungsbüros Mundsinger und Hans, Zeppelinstraße 12, 7360 Ostfildern, wird zugestimmt.

Die Gesamtkosten in Höhe von 145.000,-- € werden genehmigt.

Vergabebeschluss:

Die Firma Benignus GmbH, Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau, Weissacher Straße 83, 71522 Backnang, erhält als günstigster Bieter, auf Grundlage ihres Angebots vom 08.05.13, den Zuschlag zur Ausführung der erforderlichen landschaftsgärtnerischen Arbeiten.

Auftragssumme:	119.797,30 €
<u>Unvorhergesehenes:</u>	<u>4.202,70 €</u>
Vergabesumme:	<u>124.000,00 € (brutto)</u>

Das Gremium wird dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10% oder um mehr als 25.000,-- € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist BM Schmid auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 206/13, die nachfolgend von Herrn Kohler (FB Tiefbau und Grünflächen) kurz erläutert wird.

Eine Vorstellung der Planung bezüglich des Umbaus der Außenanlagen der Kindertageseinrichtung durch den Architekten Herrn Hans des Planungsbüros Mundsinger + Hans, Ostfildern, ist nach Auffassung des Gremiums nicht erforderlich.

Auf Anfrage von Stadtrat Glasbrenner im Rahmen der nachfolgenden Aussprache stellt Herr Kohler klar, dass das Gremium bei einer Kostenüberschreitung ab 10 % informiert werde.

Herr Kohler beantwortet des Weiteren von Stadträtin Burkhardt Nachfragen in Bezug auf die Flächen. Er erklärt insbesondere, dass es keine Flächenvorgaben für U3-Kinder gebe.

Abschließend stellt BM Schmid die Vorl.Nr. 206/13 im Gremium zur Abstimmung.